

An den Bürgermeister  
der Stadt Bergisch Gladbach  
Rathaus Bergisch Gladbach  
51465 Bergisch Gladbach

9. November 2009

### **Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) für die nächste Ratssitzung**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir bitten Sie, den nachstehenden Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) als Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung 17.11.2009 zu setzen;

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beauftragt die Verwaltung, die 6 Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bergisch Gladbach, die zur Zeit auf dem Gelände Senefelderstr. 10-16, Bergisch Gladbach wohnen unverzüglich bei der Suche nach einem vorübergehenden Winterquartier zu unterstützen, in dem alle Wohn- und zum Wohnen benutzte Bauwagen aufgestellt werden können.

Dazu soll die Verwaltung ab dem 24. November 2009 vorübergehend eigene Flächen zur Nutzung (auch gegen Pacht) bereit stellen oder mit privaten oder anderen öffentlichen Eigentümern von Grundstücken über eine vorübergehende Lösung verhandeln.

Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt die Gruppe bei einer langfristigen und endgültigen und rechtlich abgesicherte Lösung zu unterstützen. Bei dieser Lösung sollen sowohl Wohnwagen aufgestellt werden können, als auch alle Haustiere mitgenommen werden können.

#### **Begründung Dringlichkeit:**

Für das Gelände Senefelderstr. 10-16, Bergisch Gladbach besteht ein Räumungsbefehl. Die Gruppe soll bis Ende des Monats, spätestens am 27.11.2009 das Gelände verlassen oder sie werden mit Zwangsmaßnahmen geräumt. Bis jetzt ist kein Ausweichquartier vorhanden. Da alle Bewohner eigene Hunde haben, ist eine Verlegung in befestigte Übergangswohnungen der Stadt nicht möglich. Der größte Teil der Gruppe lehnt feste Wohnungen ab, da sie als Gruppe zusammenbleiben wollen und dort auch keine Hunde erlaubt sind. Die Gruppe will auch zukünftig in Wohn- und Bauwagen wohnen.

Um zu verhindern, dass diese Menschen im wahrsten Sinne des Wortes „unter die Räder“ kommen und den Winter ungesichert auf der Straße verbringen, hat die Stadt die Verpflichtung schnell und unbürokratisch zu helfen.

**Begründung Antrag:**

Eine Kooperation mit den Behörden kann mögliche Konflikte verhindern. Die Gruppe ist bereit für ein Grundstück eine Pacht zu zahlen und bestimmten Rahmenbedingungen (Müllentsorgung, Toilette, Wasser und Stromgebühren, etc.) zu akzeptieren.

Die jetzige Lebens- und Wohnsituation muss geändert werden. Es gibt dort keinen Strom und kein Wasseranschluss.

Von der Gruppe geht keine Gefahr und Belästigung für die Anwohner aus, wie Ordnungsamt und Polizei bestätigen können.

Es ist eine soziale und staatliche Pflicht allen Bürgerinnen und Bürgern die grundlegende Existenz abzusichern. Dies gilt auch für Wohnwagenbewohner.

In anderen Städten gibt es seit Jahrzehnten Bau- und Wohnwagenplätze, auf denen Menschen sich sogar anmelden können. Es handelt sich also nicht um eine neue Situation, sondern diese gehören in anderen mit Bergisch Gladbach vergleichbaren Großstädten durchaus zum Stadtbild. Andere Projekte zeigen, dass es Wege und Möglichkeiten für die Behörden gibt, solche Plätze langfristig zu legalisieren.

Der Antragsteller legt eine Liste möglicher Standort und in Frage kommender Geländer als Anlage bei.

Mit freundlichen Grüßen,

Tomás M. Santillán  
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE (mit BfBB)  
Tel.: 02204-22073 – Mobil: 0172-2410212